

Manifest ausländischer Frauen

Autor(en): **Zoe, Dolores / Baumann, Sarah**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **RosaRot : Zeitschrift für feministische Anliegen und Geschlechterfragen**

Band (Jahr): - **(2015)**

Heft 49

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-631889>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Manifest ausländischer Frauen

von DZ und SB

1975 resultierte aus der Tagung *Probleme ausländischer Arbeiterinnen und Ehefrauen ausländischer Arbeiter* ein Manifest. Die Missstände, welche diese Grundsatzerklärung anprangerte, wurden damals als zu übertrieben zurückgewiesen. DZ und SB haben Auszüge des Manifests zusammengestellt und kommentiert.

MANIFEST AUSLAENDISCHER FRAUEN

PRAEAMBEL

Wir Frauen, ob Schweizerin oder Ausländerin, haben viele gemeinsame Probleme. Vor allem aber erleben wir Frauen der Arbeiterschicht die bestehenden Ungerechtigkeiten am stärksten.

Was unsere Situation noch erschwert, ist unsere Erziehung und Bildung im Heimatland, die uns für eine ganz andere Gesellschaft und Kultur erzogen hat. Die Auswanderung stellt uns in eine ganz unbekannte Welt und belastet und überfordert uns.

Wir haben Schwierigkeiten im Beruf, im Zusammenleben mit den Schweizern; vor allem diejenigen unter uns, die nicht arbeiten leiden unter Isolation, oftmals müssen wir sovielen Spannungen ertragen, dass unsere ganze Familie darunter leiden muss. Als Eltern wissen wir nicht mehr, wie wir unsere Kinder erziehen sollen: nach dem Muster in unserem Heimatland oder nach schweizerischem Muster?

Wir spüren immer Angst und Unsicherheit, weil wir nicht wissen und nicht mitbestimmen können, wie unsere Zukunft aussieht. Wir fürchten auch die Kritik, der wir immer ausgesetzt sind. So ist es uns unmöglich, am sozialen Leben teilzunehmen.

Das beschränkte Angebot an Arbeitsplätzen, der Mangel an öffentlichen Einrichtungen, die schlechtere Entlohnung, die beschränkten Weiterbildungsmöglichkeiten, das alles erschwert unsere Lage als Fremdarbeiterinnen und als nichterwerbstätige Frauen von Fremdarbeitern. Es sind diese schlechten Voraussetzungen, die uns dazu treiben, uns an den letzten Hoffungsstrohalm zu klammern, nämlich in unsere Heimat zurückzukehren.

Wir erleben eine mehrfache Benachteiligung: als Ausländerinnen, als Frauen, als Mütter und als Arbeiterinnen.

I. ARBEITSPROBLEME

1. Sicherung des Arbeitsplatzes

Wir stellen fest:

Wir Frauen sind von den Schwankungen des Arbeitsmarktes besonders betroffen.

Als Ausländerinnen sind wir zusätzlich diskriminiert durch die behördlichen Beschränkungen in bezug auf Stellen-, Berufs- Kantonswechsel.
[...]

WIR FORDERN:
ZUSICHERUNG DES RECHTS AUF ARBEIT FUER
ALLE FRAUEN, DAMIT UNS DIE WIRTSCHAFT
NICHT NUR ALS PUFFER BRAUCHT.
[...]

4. Entlohnung

Wir stellen fest:

Als Frauen erhalten wir für die gleiche Arbeit weniger Lohn als die Männer.

Als Ausländerinnen werden wir zusätzlich als Lohndrückerinnen gegen die Schweizerinnen ausgespielt, da die einschränkenden Bestimmungen uns der Willkür des Arbeitgebers ausliefern.

WIR FORDERN:
GLEICHEN LOHN FUER GLEICHE
ARBEIT GESTUETZT AUF DIE
MENSCHENRECHTSKONVENTION

[...]

AKTIVERE LOHNPOLITIK DER
GEWERKSCHAFTEN IM INTERESSE ALLER
FRAUEN.

[...]

II. FAMILIENSITUATION

[...]

2. Doppelbelastung

Wir stellen fest:

Wir Frauen sind die Opfer der überlieferten Verteilung der Arbeit innerhalb der Familie. Diese Einengung in der menschlichen Entfaltung ist für uns erwerbstätige Frauen eine zusätzliche doppelte Belastung.

Wir berufstätigen Mütter haben unsern Kindern gegenüber Gewissensbisse, da auch sie unter unserer Überforderung leiden.

WIR FORDERN:
FLEXIBLERE ARBEITSZEITEN FUER MAENNER
UND FRAUEN, BESSERE OEFFENTLICHE
EINRICHTUNGEN (Z.B. OEFFNUNGSZEITEN
DER KRIPPEN)
[...]

III. GESUNDHEIT

[...]

2. Sanitäre Untersuchung an der Grenze

Wir stellen fest:

Bei unserer Einreise in die Schweiz werden wir Fremdarbeiterinnen jedes Mal auf unsern Gesundheitszustand untersucht. Unser Zustand bei der Ausreise interessiert die Behörden nicht. Wenn eine Krankheit erst nach unserer Rückkehr festgestellt wird, haben wir keinen Anspruch auf Versicherungsleistungen und bei der Wiedereinreise werden Krankheiten, die der vorhergehende Aufenthalt in der Schweiz verursacht hat, nicht als solche anerkannt.

WIR FORDERN:
UNTERSUCHUNG VOR DER AUSREISE UND
AUSSTELLUNG EINES GESUNDHEITSPASSES,
WO EIN FUER ALLEMAL FESTGEHALTEN
WIRD, IN WELCHEM LAND EINE KRANKHEIT
BEGONNEN HAT.

3. Psychosomatische Krankheiten

Wir stellen fest:

Wir Frauen sind für psychosomatische Krankheiten anfällig, die von den Aerzten oft nicht ernst genommen werden. Man verschreibt uns Schmerz- und Beruhigungsmittel und fragt nicht nach den Ursachen. Oft werden wir als Simulantinnen bezeichnet.

Noch in viel stärkerem Mass gilt dies für uns Fremdarbeiterinnen und Frauen von Fremdarbeitern. Ursachen unserer Leiden sind ständige Überforderung durch die Doppel- oder Dreifachbelastung Beruf-Haushalt-Kinder, schlechtes Gewissen, weil wir unserer Aufgabe als Hausfrau und Mutter nicht gerecht werden können; Anpassungsschwierigkeiten in der für uns völlig neuen Umwelt; monotone Arbeit; Isolation, vor allem für Nurhausfrauen.

WIR FORDERN:
BERUECKSICHTIGUNG DER SOZIO-
KULTURELLEN FAKTOREN EINER KRANKHEIT
IN DER AERZTEAUSBILDUNG, AUSBAU
DER SOZIALMEDIZIN ALLGEMEIN. BESSERE
INFORMATION DER AERZTE UEBER
SPEZIFISCHE SCHWIERIGKEITEN VON
FREMDARBEITERFRAUEN.
[...]

4. Geburtenkontrolle, Sexualhygiene

Wir stellen fest:

Wir Frauen sind zu einem grossen Teil die Opfer einer fragwürdigen Sexualerziehung, einer veralteten Familientradition, eines überholten Familienbildes. Der Mann bestimmt weitgehend unser Sexualleben.

In ganz besonderem Mass gilt dies für uns Fremdarbeiterfrauen. Wir sind oft nicht informiert über die Vorgänge bei Schwangerschaft und Geburt und noch weniger über Mittel der Geburtenkontrolle. Unser Sexualleben ist geprägt durch Angst vor Schwangerschaft.

Wir kennen die Gesetze und Regelungen nicht, die den Abbruch einer unerwünschten Schwangerschaft erlauben und zudem fehlt uns das Geld und die Verbindungen, um einen Abbruch vornehmen zu lassen; deshalb sind wir oft die Opfer von Kurpfuschern.

WIR FORDERN:

[...]

EINRICHTUNG VON BERATUNGSSTELLEN FUER
DIE GEBURTENKONTROLLE UND SCHWANGER-
SCHAFTSABBRUCH IN VERSCHIEDENEN
SPRACHEN.

IV. SOZIALE UND POLITISCHE FRAGEN

1. Erwachsenenbildung

[...]

Infolge der Doppelbelastung und Isolation von uns Frauen, infolge Unkenntnis der Sprache ergibt sich in der Schweiz ein verstärktes Bildungsgefälle zu Ungunsten der Frau; auch das Bild, das wir durch die Massenmedien erhalten, ist oft verzerrt.

WIR FORDERN:

[...]

OBLIGATORISCHE UNENTGELTLICHE SPRACH-
KURSE WAEHREND DER ARBEITSZEIT

FOERDERUNG BESTEHENDER BILDUNGSINSTI-
TUTIONEN FUER AUSLAENDER DURCH DIE
OEFFENTLICHE HAND

[...]

MEHR RADIO- UND FERNSEHSENDUNGEN, DIE
SICH AN DEN PROBLEMEN DER AUSLAENDI-
SCHEN ARBEITERINNEN ORIENTIEREN, UNTER
EINBEZUG DER BETROFFENEN.

[...]

3. Organisationsformen, politische Rechte

Wir stellen fest, dass sich die Ausländerinnen wie auch die Ausländer über Probleme, die sie selbst betreffen, nirgends direkt äussern können. Sie haben kein Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht

an ihrem Arbeitsplatz, in Betrieb und auch nicht in der Schule. Das erzeugt ein Gefühl von Machtlosigkeit. Es fehlt an sozialen Institutionen, die es uns ausländischen Frauen ermöglichen, uns zu organisieren und zu solidarisieren. Weder Kirchen noch Gewerkschaften, weder Parteien noch die bestehenden Ausländer-Organisationen haben die Emanzipationsbestrebungen von uns Frauen bisher genügend unterstützt.

Wir fordern, dass wir ausländischen Frauen in allen Lebensbereichen mitsprechen und mitentscheiden können.

FUERS ERSTE FORDERN WIR:

FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG IN POLITI-
SCHEN UND GESELLSCHAFTLICHEN FRAGEN

MITSPRACHE- UND MITENTSCHEIDUNGSRECHT
IN DEN SCHULGEMEINDEN UND IN ALLEN
BILDUNGSFRAGEN, IN DEN KIRCHGEMEINDEN,
AM ARBEITSPLATZ UND IM BETRIEB.

WIR FORDERN, DASS DIE BESTEHENDEN
INSTITUTIONEN (KIRCHEN, GEWERK-
SCHAFTEN, PARTEIEN, AUSLAENDERORGANI-
SATIONEN) UNS AUSLAENDISCHEN
FRAUEN ERMOEGLICHEN, AKTIV UND IN VER-
ANTWORTLICHER STELLUNG MITZUARBEITEN.

AUF DEM WEGE ZUR REALISIERUNG
DIESER FORDERUNGEN WIRD ES VERSCHIE-
DENSTE ORGANISATIONSFORMEN BRAUCHEN,
WIE GRUPPEN VON AUSLAENDISCHEN
ELTERN, GRUPPEN VON AUSLAENDISCHEN
UND SCHWEIZER ELTERN, GRUPPEN VON
AUSLAENDERINNEN UNTEREINANDER,
GRUPPEN VON AUSLAENDERINNEN UND
SCHWEIZERINNEN. WIR SOLIDARISIEREN UNS
IN ALLEN DIESEN GRUPPEN, WEIL WIR
GEMEINSAM BETROFFEN SIND.

Im Februar 1975 organisierten die Paulus-Akademie, das Tagungs- und Studienzentrum Boldern und die Zürcher Kontaktstelle für Ausländer und Schweizer die Tagung *Probleme ausländischer Arbeiterinnen und Ehefrauen ausländischer Arbeiter*. An der Tagung nahmen rund 200 Frauen (und einige Männer) aus Italien, Spanien, Griechenland, Jugoslawien und der Schweiz teil. Die Ergebnisse wurden von einem Redaktionskomitee, bestehend aus Vertreterinnen der Trägerorganisationen und der Frauengruppe der italienischen MigrantInnenorganisation *Federazione delle Colonie Libere Italiane in Svizzera* (FCLIS), im *Manifest ausländischer Frauen* zusammengefasst. Das Manifest wurde den Medien präsentiert und an zahlreiche Ausländer- und Frauenorganisationen verschickt. Das mediale Interesse am Manifest war gering. Von den angeschriebenen Organi-

sationen meldeten sich zwar viele in Stellungnahmen zurück – diese fielen aber mehrheitlich negativ aus.

MigrantInnen organisieren sich

Der wirtschaftliche Aufschwung der Schweiz ab 1955 war nur dank den zugereisten Saisoniers möglich, deren Aufenthaltsbewilligungen zwar auf neun Monate pro Jahr beschränkt wurden, deren Zahl dennoch kontinuierlich anstieg. Mit Hilfe der ausländischen Arbeitskräfte steigerte sich das schweizerische Bruttosozialprodukt bis 1975 um fast das Doppelte. Längst hatten sich die italienischen MigrantInnen in der Schweiz organisiert. Die erste «Kolonie» der FCLIS war bereits 1925 in Genf gegründet worden. Viele Jahre stand sie ganz im Zeichen des anti-faschistischen Widerstandes und war Anlaufstelle für italienische Flüchtlinge. 1943 waren es dann landesweit zehn «Colonie Libere», die sich als Dachverband zur FCLIS zusammenschlossen. Das Ende des Zweiten Weltkrieges stellte die FCLIS vor ungeahnte Probleme: Die politischen Flüchtlinge kehrten in ihr Heimatland zurück und die FCLIS sah sich plötzlich mit der Aufgabe konfrontiert, für die steigende Zahl an ArbeitsmigrantInnen sorgen zu müssen. 1947 fällte der FCLIS deshalb den Grundsatzentscheid, sich fortan für die politische Einbindung und kulturelle (Selbst)Bildung der italienischen ArbeitsmigrantInnen einzusetzen.

Kampf gegen die Fremdenangst

In den 1960er- und 1970er-Jahre verschärfte sich die schweizerische Überfremdungsangst und kulminierte in mehreren «Überfremdungs-Initiativen», von denen die Schwarzenbach-Initiative 1970 mit 46 Prozent Ja-Stimmen am stärksten zu mobilisieren vermochte. Mitte der 1970er-Jahre erreichte die italienische Migration in der Schweiz einen neuen Höchststand: Mit fast 600'000 Personen stellten die ItalienerInnen rund zwei Drittel des Bevölkerungsanteils ohne Schweizer Pass. Zugleich zeitigte die europaweite wirtschaftliche Krise auch in der Schweiz ihre Folgen und man versuchte, die «einheimische» Arbeitslosigkeit auf Kosten der MigrantInnen zu verringern. Die italienischen MigrantInnen wiederum organisierten sich im *Nationalen Einheitskomitee aller Italienerorganisationen (Comitato nazionale d'intesa, CNI)*. Zusammen mit der CNI und der verbündeten *Asociación de Trabajadores Emigrantes Españoles en Suiza (ATEES)* wurde die FCLIS so zu einer eigentlichen Kampforganisation für die Rechte der MigrantInnen in der Schweiz. In dieser Zeit erschien das Manifest der FCLIS-Frauengruppe.

Unsere Anliegen

Das *Manifest ausländischer Frauen* wurde der Presse vorgestellt und an zahlreiche Schweizer Organisationen verschickt. Die Mehrheit der angeschriebenen Organisationen störte sich am «zu fordernden» Ton des Manifests und wies die darin genannten Missstände als «zu übertrieben dargestellt» zurück. Die Grundsatzerklärung

Der Bericht der ECAP-CGIL-Tagung *Situation, Bildung und berufliche Qualifikation von emigrierten Frauen* von 1978 kann unter folgendem Link heruntergeladen werden. Das *Manifest ausländischer Frauen* umfasst darin die Seiten 104-112: www.edudoc.ch/static/infopartner/periodika_fs/bis_1997/010030.pdf

Baumann, Sarah: *...und es kamen auch Frauen. Engagement italienischer Migrantinnen in Politik und Gesellschaft der Nachkriegsschweiz*. Zürich: Seismo-Verlag 2014.

löste keine breit geführte Diskussion über die Situation der Migrantinnen in der Schweiz aus und geriet rasch wieder in Vergessenheit. Dabei ist das Manifest durchaus beachtlich: Es ist Ausdruck des sozialen und politischen Engagements von Migrantinnen und eindrückliches Zeugnis von Frauensolidarität über soziale, nationale und Geschlechtergrenzen hinweg. Seine Forderungen zeigen nicht nur Berührungspunkte mit den Schweizer Frauenbewegungen der 1960er- und 1970er-Jahre, sondern verbindet diese zudem mit den Anliegen der ArbeiterInnenbewegung. Auch heute noch kann an das Manifest angeknüpft werden.

Die Forderung nach «gleichem Lohn für gleiche Arbeit» (Abschnitt I.4) ist ein brandaktuelles Thema der Gleichstellungs- und Gewerkschaftspolitik. Die Problematik der «Doppel- und Dreifachbelastung Beruf-Haushalt-Kinder» (Abschnitt II.3) hat sich seit den 1970er-Jahren noch verschärft. Der differenzierende Blick der Frauen ist bemerkenswert: Sie unterscheiden nicht nur die Sorgearbeit in der Familie von der Lohnarbeit im Betrieb, sondern auch die Kinderbetreuung vom Haushalten. Denn: Wer einkaufen geht, verbringt nicht automatisch mehr Zeit mit den Kindern – und umgekehrt. Wenn die MigrantInnen dazu «flexiblere Arbeitszeiten für Männer und Frauen» (Abschnitt II.2) fordern, klingt das auch 2015 absolut anschlussfähig.

Die systematischen Analysen und Forderungen verknüpfen die Manifest-Schreiberinnen mit persönlichen Themen wie jenem der psychosomatischen Krankheiten oder der Sexualität: Die psychische und physische Integrität von Migrantinnen soll gewahrt werden (Abschnitt III.3). Depressionen und Traumata sind auch in der heutigen Asylpolitik ein tabuisiertes Thema. Menschen, die in die Schweiz kommen, werden oftmals mit dem Vorurteil der Simulation abgewiesen. Zwar gibt es heute im Migrationsbereich psychosoziale Dienste, doch sind diese – zumindest im Kanton Zürich – heillos überlastet. Dass die Frauen im Manifest ihre Unzufriedenheit nicht nur bezüglich medizinischer Aufklärung, sondern zudem in punkto Sexualleben offenlegen, erscheint auch heute noch wahrlich kühn. Es erinnert an Iris von Rotens spitze Feder, wenn die Frauen konstatieren: «Wir Frauen sind zu einem grossen Teil die Opfer einer fragwürdigen Sexualerziehung, einer veralteten Familientradition, eines überholten Familienbildes. Der Mann bestimmt weitgehend unser Sexualleben.» (Abschnitt III.4) Hier überschneiden sich die Forderungen der migrantischen und der Neuen Frauenbewegung: Die Forderung der Enttabuisierung und Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen war *das* feministische Thema der 1970er-Jahre. Die Italienerinnen hatten den Schweizerinnen diesbezüglich einiges voraus: Die sogenannte «Fristenregelung», dergemäss der Entscheid über den Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft in den ersten 12 Wochen ganz bei der Frau liegt, wurde in Italien 1978 eingeführt – in der Schweiz am 1. Oktober 2002!

Wer (be)stimmt mit?
.....

Im letzten Abschnitt des Manifests gehen die Verfasserinnen auf «soziale und politische Fragen» ein. Sie prangern die verzerrte Berichterstattung der Medien bezüglich Migrationsthematiken an, die zudem unter Ausschluss der Direktbetroffenen stattfindet (Abschnitt IV.1). Ihre Forderung nach der «Förderung bestehender Bildungsinstitutionen für AusländerInnen durch die öffentliche Hand» müsste heute gar in die Forderung nach der *Schaffung* solcher

Bildungsstätten umgewandelt werden. Wie anders ist zu verstehen, dass es sich gewisse Zürcher Gemeinden angewöhnt haben, ihre <KlientInnen> in die auf Freiwilligenarbeit beruhenden Gratis-Deutschkurse der *Autonomen Schule Zürich* zu schicken? Die gebetsmühlenartig wiederholte Forderung nach <Integration> seitens offizieller Politik und Medien deckt sich im Kanton Zürich heute in keinem Masse mit dem staatlichen Bildungsangebot für MigrantInnen.

Die politischen Forderungen der Manifest-Schreiberinnen beziehen im letzten Abschnitt des Manifests *alle* MigrantInnen mit ein: «Wir stellen fest, dass sich die Ausländerinnen wie auch die Ausländer über Probleme, die sie selbst betreffen, nirgends direkt äussern können. Sie haben kein Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht an ihrem Arbeitsplatz, im Betrieb und auch nicht in der Schule. Das erzeugt ein Gefühl von Machtlosigkeit.» (Abschnitt IV.3) Die Frustration über die Situation, die sich bis heute nicht verändert hat, schlägt sich immer wieder in neuen Petitionen nieder. Kantonale Initiativen für mehr Demokratie haben jedoch auch heute noch keine Chance auf die Zustimmung einer Abstimmungsmehrheit. Und so zeigt sich hier nicht zuletzt das gemeinsame Dilemma der subalternen Gruppen: Jahrzehntlang kämpften die Schweizerinnen dafür, dass diejenigen, welche das Stimmrecht besaßen, es ihnen gewähren würden. Heute wäre es an *allen* Menschen mit Schweizer Pass, ihre Privilegien mit denjenigen Menschen, die in ihrem Land leben, zu teilen.